

30.11.2020

Kleine Anfrage 4703

des Abgeordneten Stefan Kämmerling SPD

Neue Schulden Corona-bedingt: Wird die Landesregierung zur Schuldentreiberin der Städte und Kommunen?

Die Corona-Pandemie hat dramatische Auswirkungen auf die Finanzsituation der nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden: In zahlreichen Fällen müssen Liquiditätskredite in Millionenhöhe aufgenommen werden. Nicht nur die großen Städte des Landes, sondern auch kleinere Kommunen sind von den ausfallenden Steuereinnahmen und steigenden Kosten in Folge der Pandemie betroffen.

Obwohl Bundesfinanzminister Olaf Scholz bereits angekündigt hat, für das Jahr 2021 rund 160 Milliarden Euro für die Unterstützung der Kommunen zur Verfügung zu stellen, zeichnet sich ab, dass die Hilfen nicht in allen Teilen NRWs ausreichen werden. Abzusehen ist, dass sich die Mindereinnahmen auch auf die Zeit nach der Pandemie erstrecken werden. Aufgrund der beschriebenen finanziellen Situation hat eine große Zahl der Städte und Gemeinden NRWs Kassenkredite beim nicht-öffentlichen Bereich aufgenommen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie stellt sich die Entwicklung der Kassenkredite in den Kernhaushalten der Kommunen seit dem 1. Januar 2020 dar? (Bitte um kommunalscharfe Auflistung nach Quartalen ggf. Monaten)
2. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die hohen Kassenkredite der NRW-Kommunen zu reduzieren?
3. Mit Leistungen in welcher Höhe an die NRW-Kommunen rechnet die Landesregierung im Rahmen des Belastungsausgleichs nach Art. 21a Epidemie-Gesetz?
4. Welche Entlastungsmaßnahmen plant die Landesregierung zum Ausgleich der bevorstehenden Abschreibungen auf die entsprechend des NKF-CIG bilanzierten Corona-Schäden?
5. In welcher Höhe plant die Landesregierung die Gewerbesteuer ausfälle der NRW-Kommunen für die Jahre 2021 und 2022 auszugleichen?

Stefan Kämmerling

Datum des Originals: 30.11.2020/Ausgegeben: 30.11.2020